

## Medienmitteilung

Dienstag, 13. Mai 2025

IHK-Unternehmensumfrage

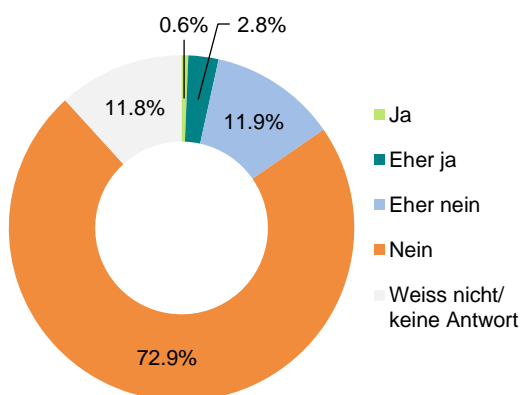
# Erbschaftssteuerinitiative gefährdet Existenzen von Ostschweizer Unternehmen

**Die Juso-Erbschaftssteuerinitiative gefährdet Nachfolgeregelungen und ganze Unternehmensexistenzen, wie eine IHK-Unternehmensumfrage zeigt. Zudem hätte eine Annahme der Initiative weitreichende indirekte Konsequenzen: Auftragsausfälle, eine geringere Investitionstätigkeit sowie jährliche Steuerausfälle von schätzungsweise über 2 Milliarden Franken pro Jahr. Die beiden Industrie- und Handelskammern St.Gallen-Appenzell und Thurgau lehnen die Initiative deshalb entschieden ab.**

Die Juso-Erbschaftssteuerinitiative fordert, Schenkungen und Nachlässe ab 50 Millionen Franken mit einer neuen, zusätzlichen Steuer von 50 Prozent zu belegen. Eine IHK-Unternehmensumfrage zeigt eine klare Ablehnung der Initiative unter Ostschweizer Unternehmen: 85 Prozent von über 600 befragten Betrieben sprechen sich gegen die Vorlage aus. Knapp drei Viertel befürchten, dass der Arbeitsplatz Ostschweiz im Falle einer Annahme der Initiative langfristig Schaden nehmen würde.

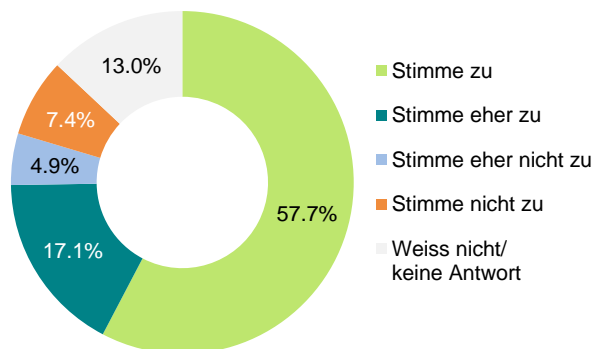
### Breite Ablehnung

Wäre heute Abstimmungssonntag, würden Sie der Erbschaftssteuerinitiative zustimmen?



### Initiative schadet dem Arbeitsplatz

Stimmen Sie der folgenden Aussage zu? «Eine Annahme der Initiative würde dem KMU-geprägten Arbeitsplatz Ostschweiz nachhaltig schaden.»



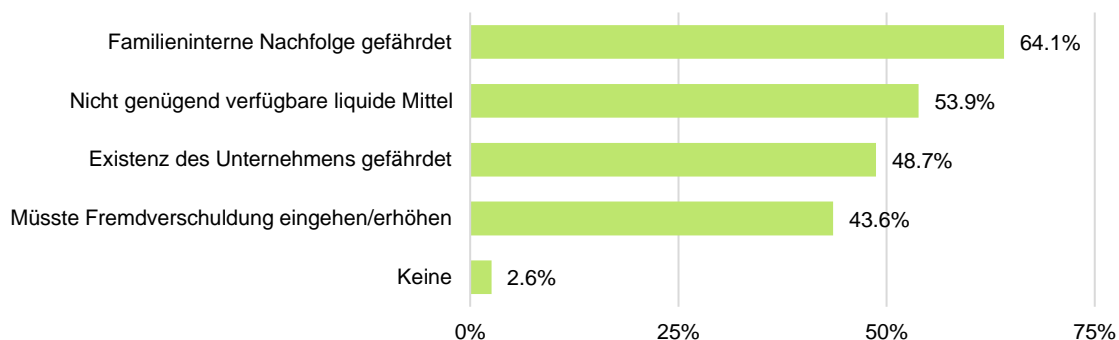
Quelle: IHK-Unternehmensumfrage

## Unternehmensexistenzen gefährdet

Bei jenen Umfrageteilnehmenden, die von der Initiative direkt betroffen wären, ist ein Grossteil der Vermögen im eigenen Unternehmen gebunden. Entsprechend gehen zwei Drittel von ihnen davon aus, dass eine Annahme der Initiative die familieninterne Nachfolge gefährden würde. Gut die Hälfte verfügt nicht über die notwendige Liquidität, um die Steuer gemäss Initiativtext zu begleichen. Alarmierend ist die Tatsache, dass knapp die Hälfte der Direktbetroffenen die Existenz des eigenen Unternehmens als gefährdet erachtet. Ebenfalls rund die Hälfte geht davon aus, dass im Rahmen einer Unternehmensnachfolge ein Verkauf beziehungsweise ein Teilverkauf des Unternehmens notwendig wäre.

## Vielfältige Herausforderungen bei einer Annahme der Initiative

Anteile der Antworten von Direktbetroffenen, Mehrfachnennungen möglich



Quelle: IHK-Unternehmensumfrage

## Jährliche Steuerausfälle von schätzungsweise 2.1 Milliarden Franken

Die Auswirkungen der Initiative würden sich aber keineswegs auf diese Direktbetroffenen beschränken. Jérôme Müggler, Direktor der IHK Thurgau, betont die weitreichenden indirekten Konsequenzen: «Ein Grossteil der KMU ist elementar auf Aufträge von grösseren Unternehmen angewiesen. Eine Annahme der Initiative hätte Auftragsausfälle und eine geringere Investitionstätigkeit zur Folge.» Markus Bänziger, Direktor der IHK St.Gallen-Appenzell, ergänzt: «Der Standort Schweiz verliert stark an Attraktivität für Unternehmen, wenn das Risiko einer dereinstigen starken Besteuerung mitschwingt.» Hinzu käme der Verlust von Steuersubstrat. Die Einführung der Erbschaftssteuer würde zu Steuervermeidungsreaktionen führen, insbesondere in Form von Wegzug. Schätzungen einer HSG-Studie zufolge hätte eine Annahme der Initiative jährliche Steuerausfälle in Höhe von netto 2.1 Milliarden Franken zur Folge. Allein in den Ostschweizer Kantonen würden dem Fiskus über 100 Millionen Franken pro Jahr entgehen.<sup>1</sup> Die Mindereinnahmen aus dem Nationalen Finanzausgleich sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. «Die neue Erbschaftssteuer hätte ein sehr hohes Preisschild», folgert Markus Bänziger.

<sup>1</sup> Föllmi, R., Legge, S., & Keuschnigg, C. (2025). Studie zu den Auswirkungen der «Eidgenössischen Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

## **IHKs lehnen Initiative entschieden ab**

Die beiden Ostschweizer Industrie- und Handelskammern lehnen die Initiative aus all diesen Gründen entschieden ab. Jérôme Müggler betont: «Die Initiative ist ein direkter Angriff auf die Familienunternehmen». Die Schweiz sei ein Land der familiengeführten Unternehmen: Neun von zehn Unternehmen hierzulande sind Familienunternehmen, rund 3.2 Millionen Erwerbstätige sind in einem Familienunternehmen beschäftigt. Diesem Umstand sei Sorge zu tragen. Markus Bänziger: «Familiengeführte Unternehmen wirtschaften meist langfristig ausgerichtet und sind krisenresistent. Ihre Risikobereitschaft und ihr Innovationsgeist dürfen nicht abgestraft werden.» Die Juso-Erbschaftssteuerinitiative beabsichtige aber genau das – und gefährde damit Unternehmensexistenzen sowie letztlich das Erfolgsmodell Schweiz.

## **IHK-Unternehmensumfrage**

Die Umfrage wurde gemeinsam von der IHK St.Gallen-Appenzell, der IHK Thurgau und den regionalen Arbeitgebervereinigungen durchgeführt. Zwischen dem 24. September und dem 15. Oktober 2024 haben 638 Unternehmen aus den Kantonen St.Gallen, Thurgau und den beiden Appenzell mitgewirkt. 39 von ihnen gaben an, von der Initiative betroffen zu sein (Gesamtvermögen > 50 Millionen Franken).

Die Umfrageresultate sind im EcoOst-Standpunkt [«Familienunternehmen – bis dass der Tod uns scheidet?»](#) abrufbar.

---

## **Rückfragen**

Markus Bänziger, Direktor, IHK St.Gallen-Appenzell  
markus.baenziger@ihk.ch, Tel. 071 224 10 10, 079 344 49 05

Jérôme Müggler, Direktor, IHK Thurgau  
jerome.mueggler@ihk-thurgau.ch, Tel. 071 626 30 93

Pascale Ineichen, Leiterin Wirtschaftspolitik und Kommunikation, IHK Thurgau  
pascale.ineichen@ihk-thurgau.ch, Tel. 071 626 30 94